bringungen" für diese Verhandlungen angegeben, die nur ebenso viele Verschleierungen der Tatsachen sind. Fest steht auf jeden Fall, daß England Frieden mit Rußland will, d. h. daß die englische Regierung zugibt, daß Rußland ein erbitterter oder gefährlicher Feind Englands ist oder werden könnte. Für diejenigen, die die Stimmungen in England genau beobachten, steht es außer jeglichem Zweifel, daß auch das englische Publikum im großen und ganzen ein Empfinden für die slawische Gefahr hat. Man spöttelt nicht mehr über Lenin und Trotzki, man vermeidet es eher, diese Namen zu nennen. Die Vorgänge in Persien und Turkestan werden mit Interesse verfolgt. Wohl teilte die englische Regierung offiziell mit, daß der russische Heeresbericht über die Bildung einer Sowjetregierung in Resht (Persien) eine Lüge war, und daß die engl. Truppen den Ort schon Tage zuvor „freiwillig geräumt" hätten, aber welcher einfach denkende Mensch glaubt hieran? Seit wann ist es die Gewohnheit unserer Regierung, ohne Notwendigkeit eine für die englische Macht wertvolle Stadt dem Feinde zu überlassen?" war der Stoßseufzer eines pessimistischen Engländers, mit dem ich die Lage besprach, und der die bolschewistischen Verbrecher aus seinem tiefinnigsten Herzen heraus zu allen Teufeln wünschte. Die Frage kann man in allem Ernst stellen. Es liegt auf der Hand: die Engländer fürchteten eine große Katastrophe und haben sich zurückziehen müssen, wie übrigens auch die Moskauer Depesche angab. Diese Aktion soll, wie verlautet, einen Abgrund zwischen der englischen Regierung und Krassin geschaffen haben, aber von einem Abbrechen der Verhandlungen ist überhaupt nicht die Rede! Dies ist bezeichnend.

Man denke sich den Fall, daß ein anderer Staat, Deutschland z. B., sich eine derartige Handlungsweise hätte zuschulden kommen lassen, wie es jetzt die Sowjet-Regierung gemacht hat; ganz sicher würde die englische Regierung dies als einen casus belli betrachtet haben. Dies ist jedoch jetzt keineswegs der Fall. Eine andere Tatsache, zwar nicht von gleicher Bedeutung, doch immerhin sehr kennzeichnend, liegt vor. In der Krim befindet sich der englische General Wrangel mit einer kleinen Armee, die sich in geradezu trostloser Lage befindet. Die englische Regierung läßt General Wrangel glattweg im Stiche, und will nicht einmal einen Versuch machen, die beiden Parteien zu einem Waffenstillstand zusammenzubringen. Vor einiger Zeit hat die englische Regierung Wrangel mitgeteilt, sie würde von jeder Verantwortung für ihn und sein Heer Abstand nehmen, falls er zu einer Offensive übergehen sollte. Weil er dies in wahnwitziger Weise doch gemacht hat, verzichtet die englische Regierung auf Einmischung und überläßt den General seinem Schicksal. Als nunmehr diese Frage im Unterhause zur Sprache kam, lehnte der Speaker die Diskussion über diese Sache ab, weil — man staune — „sie nicht genügend wichtig war". Wohl hat die englische Jingo-Presse die summarische Behandlung dieser Frage, die der General Kenworty als im Interesse der Humanität sehr wichtig bezeichnete, als „eine unerhörte Nachgiebigkeit" bezeichnet. Aber von Nachgiebigkeit ist in diesem Falle wohl kaum zu sprechen, wohl aber von Ohnmacht. Ganz Fleet street betrachtet die Lage nunmehr ausnahmlos als ernst, ganz Threadneedlestreet runzelt die Stirn in ahnungsvoller Erregung, die noch dadurch erhöht wird, daß die Franzosen jetzt den Versuch machen, in sämtlichen europäischen Großstädten die Geldmittel der Sowjetregierung zu erfassen, was man hier ganz allmählich als einen Vertrauensbruch seitens Frankreich zu betrachten anfängt. Der geistreiche Anatole France läßt in seinem Buche „L'Ile des Pinggouins" eine verschärfte internationale politische Lage damit anfangen, daß die Minister in einem Lande wiederholt erklären: „Die Beziehungen zu unserm Nachbarstaate sind allerherzlichst". Die Wiederholung dieser Versicherung machte Parlament, Presse und Publikum nervös und löste einen Weltkrieg aus. Etwas Aehnliches sieht man hier in England; verschiedene Regierungspersonen erklären immer aufs neue, daß das Verhältnis zwischen England und Frankreich einfach nicht herzlicher gedacht werden kann, was jedoch nicht verhindert, daß das große Publikum in England den schon seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages unbedingt vorhandenen Widerwillen gegen die französische Politik in stets gesteigertem Maße empfindet.

Die Verhandlungen mit Krassin dauern fort; obgleich man das Empfinden hat, daß sie zu keinem endgültigen Ergebnis führen werden, und zwar nicht aus einer ablehnenden Haltung Englands heraus, sondern vielmehr, weil Rußland die englische Weltmacht nicht zu fürchten braucht und deshalb die englischen Gefangenen, die eine schöne Bürgschaft für Rußland bilden, nur dann freigeben wird, wenn England sich zu einem auch für Rußland günstigen Vertrag entscheiden kann.

So steht ungefähr die russische Frage, vom englischen Standpunkt aus betrachtet. Die Lage ist jedoch viel zu unklar, um sichere Schlußfolgerungen zu rechtfertigen.

### Eine neue Workonferenz mit Krassin.

Reuterbüro erfährt, daß eine neue Konferenz zwischen Krassin und den englischen Ministern stattfinden werde, sobald Krassin aus Moskau Antwort auf die beiden bei den ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten habe. Auf die Frage der russischen Schuld, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krassin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

### Schwere Unruhen in Mesopotamien.

Nach einer Havasmeldung aus Teheran seien im Mossul schwere Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

### Abänderungen des türkischen Friedensvertrages?

Nach einer Londoner Meldung des „Temps" kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfällt, der Oberste Rat gewisse bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertragsklauseln ins Auge fassen könne. Eine Atmosphäre der Beunruhigung scheine in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustapha Kemal-Pascha nicht nur ganz Kleinasiens, sondern auch der asiatischen Küste des Marmara-Meeres mit Ausnahme von Ismid, wo sich noch eine britische Garnison halten könne, bemächtigt haben. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffsroute, welche von Gallipoli nach Konstantinopel führe, beherrscht.

Laut „Times"-Meldung aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten den Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorposten in den Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Eregli besetzt und von den französischen Besitzern eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Bergwerke an die nationalistische Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalistischen Truppen kam es zum Kampfe, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist.

Wie die „Times" aus Konstantinopel melden, ist den türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit unter Munitionsmangel zu leiden hatten, bei der Einnahme von Bessanti ein großes Depot mit Artilleriemunition in die Hände gefallen, das die Deutschen im Winter 1917 in der Nähe des Tauris errichtet haben. Weder die Engländer noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionsvorräte zerstört.

**Die griechische Regierung hat die vorzeitige Einberufung der Jahresklasse 1921 angeordnet.**

## Sitzung der sächsischen Volkskammer.

wtl. Dresden, 16. Juni.

An der Spitze der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Anfrage betr. Revision der Gebührensätze für Amtshandlungen der Behörden der inneren Verwaltung. Ministerialdirektor Schulze erklärt dazu im Namen der Regierung, daß durch die starke Geldentwertung natürlich ein großer Ausfall von Gebühren entstehe. Die Regierung habe bereits eine neue Gebührenordnung ausarbeiten lassen, die der Volkskammer demnächst zugehen werde. In der Aussprache wird betont, daß die Gemeinden drei Viertel ihrer Arbeiten für den Staat zu leisten hätten. Eine Erhöhung der Entschädigung dafür sei durchaus notwendig. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß B.

Der Antrag Wagner und Gen. auf Erlaß eines Gesetzes wegen Entschädigung der durch das Hölzsche Treiben geschädigten Einwohner des Vogtlandes wird vom Antragsteller begründet, der die Vorlage an den Haushaltsausschuß B zu überweisen beantragt. Mit diesem Antrag verbunden wird der Antrag der Demokraten wegen Vorlage eines Tumultschäden-Notgesetzes. Abg. Günther (Dem.) begründet seinen Antrag. Das Reichstumultschäden-Gesetz sei aus einem Kompromiß hervorgegangen und zeige deshalb große Einschränkungen der Entschädigungspflicht des Staates. Es solle die Lage des Geschädigten geprüft und nur so viel gewährt werden, als zum Erhalt der Existenzfähigkeit des Betroffenen nötig sei. Das sei eine ganz ungenügende Lösung der Entschädigungsfrage. Der Staat müsse einen billigen Ausgleich gewähren. Seine Partei habe nichts unterlassen, um die Regierung anzuregen, gegen Hölz sofort einzuschreiten. Ministerialdirektor Dr. Schulze führt aus, neben dem Reichstumultschädengesetz habe ein Landestumultschädengesetz keinen Platz und er müsse daher den vom Abg. Günther gestellten Antrag auf Erlaß eines Tumultschäden-Notgesetzes ablehnen. Auch hinsichtlich des Wagner'schen Antrages halte er eine Entschädigung nicht für angängig, da eine Verschleppung der Hölzsache durch die Regierung nicht vorhanden sei. Etwas anderes wäre es, wenn den schwergeschädigten Einwohnern des Vogtlandes auf billige Weise geholfen werden könnte, vielleicht durch einen Staatsvorschuß. Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches sei die Regierung trotz der Not des Staates zu einer derartigen Hilfe bereit. Abg. Endler (Soz.) hält die Volkskammer nicht für kompetent und lehnt weitergehende Ansprüche als durch die Gesetze begründet für seine Partei ab. Abg. Anders (D. Vp.) wünscht weitestgehende Unterstützung der Geschädigten. Abg. Fellisch (Soz.) rollt die politische Frage über die Leipziger und die vogtländischen Vorgänge auf und mißt alle Schuld der Reichswehr zu. Der Hölzunfug sei gegen die Linksparteien ungehörig ausgewertet worden. Einverstanden sei er, wenn den am meisten Geschädigten eine Unterstützung zuteil werde. Der Staat sei aber keine Kapitalversicherung. Die Rechtsparteien hätten mit ihrer Putschistenpolitik die Schäden verursacht. Nach Erwiderung der Antragsteller Wagner und Günther werden beide Anträge dem Haushaltsausschuß B überwiesen.

Zum Schluß gelangt der unabhängige Antrag wegen

**Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen und betr. den Erlaß eines Amnestiegesetzes**

zur 1. Beratung. Abg. Menke (Unabh.) begründet ihn. Staatsminister Buck widerlegt den Vorwurf, daß die Regierung ihr Versprechen vom 16. März nicht erfüllt habe. Die Amnestie wegen politischer Vergehen sei dadurch zur Ausführung gekommen, daß alle Beteiligten Gesuche eingereicht hätten, von denen nur die Roheitsdelikte ausgenommen worden wären. Die Zeitfreiwilligenverbände seien aufgelöst worden. Es bestände nur noch eine Abwickelungsstelle von 12 Mann Reichswehrtruppen. Die Leipziger Spaziergänge und Exerzitien könne die Regierung nur insoweit verbieten, als sie gegen den Friedensvertrag verstoßen. Dazu gehöre auch die restlose Einziehung der Waffen. Nachdem Justizminister Dr. Harnisch noch einige Ergänzungen zu den Wünschen in der Amnestiefrage gemacht und die Abgg. Dr. Menke-Glückert (Dem.) und Blüher (D. Vp.) zum Gegenstande gesprochen haben, wird der Antrag für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittag 1 Uhr: Wahl eines Ausschusses zur Besoldungsreform; Kosten der Ueberwachungsausschüsse; Gründung eines Forschungsinstitutes für Lederindustrie; Versorgung der Ziegeleien mit mehr Kohlen als bisher.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Zur Abstimmung in Ostpreußen. Wie gemeldet wird, muß jeder Stimmberechtigte Ostpreußens, der bis jetzt noch nicht bei dem Abstimmungsausschusse seiner Geburtsgemeinde in die Listen der Stimmberechtigten aufgenommen worden ist, bis spätestens den 20. ds. Mts. bei der für ihn zuständigen Kontrollkommission für Volksabstimmung schriftlich oder telegraphisch Einspruch wegen nichterfolgter Eintragung in die Listen erheben. Die zuständige Kontrollkommission für die Volksabstimmung hat ihren Sitz in der Kreishauptstadt desjenigen Kreises, in dem der betreffende Abstimmungsberechtigte geboren ist.

Die Kriegsgerichtsverhandlung in Marburg. Gestern morgen fand auf der Straße Eisenach—Gotha der Lokaltermin des Kriegsgerichts der ehemaligen 22. Division wegen der Vorkommnisse bei Bagthal statt. Die Aussagen der Angeklagten zeigten wieder übereinstimmend, daß auf die 15 Gefangenen während der Flucht geschossen worden sei. Um 10 Uhr vormittags wurde der Termin beendet. Heute fand die Fortsetzung der Verhandlungen in Marburg statt.

**Gegen den Wucher.** An die seinerzeit vom Reichsjustizminister Schiffer veranlaßte Einrichtung von Wuchergerichten zwecks wirksamerer Bekämpfung der schnöden Preistreiberei sind große Erwartungen geknüpft worden. Als gerechtfertigt haben sie sich bisher nicht erwiesen. Der Wucher blüht fort und spottet aller gesetzlichen Hemmnisse. Nun hat das bayrische Handelsministerium neuerdings in einem Schreiben an die Reichsregierung Vorschläge zu nachdrücklichster Bekämpfung der schamlosen Verteuerung gemacht. Wenn das schon von Bayern aus, wo die Preistreiberei immer noch verhältnismäßig milde Formen annahm, als notwendig erachtet wird, um wieviel mehr verlangen die schlimmeren Verhältnisse in andern Teilen Deutschlands ein tatkräftigeres Vorgehen der berufenen Reichsstellen. Bayern fordert weit stärkeren Ausbau der Wucherabwehrstellen durch das ganze Reich im Zusammenhang mit erheblicher Verstärkung der Tätigkeit der zuständigen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums. Die öffentlich-wirtschaftlichen Aufgaben für Gegenstände des allgemeinen unentbehrlichen Bedarfs bedingten sorgfältige Mitprüfung namentlich der Verbandspreise auf ihre Entstehung hin. Die vor einiger Zeit erfolgte letzte Preisfestsetzung für Kohle läßt allerdings eine derartige vorsorgende Mitarbeit höchst wünschenswert erscheinen. Als ganz besonders gilt das auch für Düngemittel, deren überaus hoher Preisstand die Landwirte unerbittlich zwingt, Erzeugerpreise anzufordern, bei denen die Linkspresse rücksichtslose Profitgier zu unterstellen pflegt. Richtig ist, daß die Reichsbehörden nicht verstanden haben, die preistreibenden Dunkelmänner mit gebührender Schärfe und Schnelligkeit anzupacken. Beim Fall der wesentlichen Zwangswirtschaft muß endlich ein erträglicher Zustand in der Preislage der allgemeinen Bedarfsartikel eintreten. Man setze den neuen Reichstag in den Stand, aus entsprechendem gesetzgeberischen Material ein wuchtiges Instrument für diesen nationalen Wohlfahrtszweck zu bilden.

**Nachträgliche Aburteilung.** Nach einer Meldung des „B. T." aus Dessau wurden dort drei Kriegsteilnehmer wegen Ueberfalls auf eine Frau in Armentieres und ihrer Beraubung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre frühere Aburteilung wurde durch den Rückzug und die Revolution verhindert.

**Bezeichnung Preußens als Republik.** Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung hat bei der Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung den § 1, Bezeichnung Preußens als Republik (nicht Freistaat) aufrechterhalten.

**Ausbeutung des Braunkohlenlagers bei Dreisdorf.** Die Firma Thyssen in Hamborn hat laut „Bergwerksztg." mit den Vorarbeiten zur Ausbeutung des Braunkohlenlagers bei Dreisdorf begonnen, dessen Umfang auf etwa eine Million Kubikmeter Braunkohle geschätzt wird. Die Schicht Braunkohle beträgt 2,60 bis 3,00 Meter.

**Beim Untersuchungsausschusse im Reichswehrministerium** sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden worden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Versetzung und Niederschlag seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Rechte zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für die Beschwerden vom Unterpersonal, zuständig mit einem Offizier, Unteroffizier und einem Zivilreferenten errichtet worden.

### Tschechoslowakei.

**Umwandlung der Skodawerke.** Ein Teil der Skodawerke ist in eine Lokomotivfabrik umgewandelt worden.


Auf dem Wege von Laugenberg — Röderau — Riesa am 16. ds. Mts.

**1 Wagenplane**

gezeichnet „Bezirk" abhanden gekommen. Gegen hohe Belohnung bei Schmiedemeister **Teichert in Röderau** abzugeben oder sachdienliche Mitteilung dahin gelangen zu lassen wird gebeten.

**50 Mark Belohnung.**

**Polnischer Paß**

auf den Namen Isaak Vaglermann **verloren.** Abzugeben **Zeithain Nr. 51 m.**

**300 M. Belohnung**

gebe ich für Herbeischaffung meines am Bahnhof Weißig am 16. d. M., ½9 Uhr abds. **gestohlenen Damenrades,** Marke Phänom, gelbe Holzfelgen, gelber Sattel, vorn gr. neue, hinten rote Drahtmäntel-Bereifung, neue Schläuche. **Warne vor Ankauf.**

**Böttger, Rosenmühle,** Post Weißig b. Gr.

**Einige möblierte Zimmer**

in Riesa oder Gröba **zu mieten gesucht.**

Angebote mit Preisangabe **an Akt.-Ges. Lauchhammer Abt. Stahl- u. Walzwerk Riesa.**

Für anst. Mädch. **Schlafstelle** frei **Goethestr. 47, 2.**

**Mittlerer Laden**

in guter Lage, mit Wohnung für einzelne Person, wenn Wohnungstausch möglich, sofort zu vermieten. **Rudolf Schindler,** Albertplatz 7.

**Schuppen**

oder gedeckter Raum bald **zu mieten gesucht.**

Angebote unter **T O 5314a** an das Tageblatt Riesa.

**8000 Mark**

**1. 7. 20 auszuleihen.**

Werte Off. unt. **T M 5312** an das Tageblatt Riesa.

**Gesucht** für sofort oder später ein **ordentliches Mädchen** als

**Aufwartung**

für vormittags. Zu melden **bei Frau Oertz, Bismarckstr. 6, 2.**

**Zwei Kehrfrauen**

sucht **Kerneck,** Knabenschule.

Suche zum baldigen Antritt

**ein Wirtschaftsmädchen**

das gut melken kann.

**Kurze, Moritz.**

**Jüngere Magd**

zu mieten gesucht

**Meißner Str. 6.**

Suche zum sofortigen oder späteren Antritt

**2—3 Mägde**

(auch durch Vermittlung).

**F. Thomas, Mautitz.**

Landwirt, 35 J., sucht zum 1. 7. Stelle als

**Wirtschafter**

od. dergl. Fam.-Anschluß erw. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

**Geschäftshaus**

mit 2 mittleren Läden in bester Lage der Stadt ist **sofort günstig zu verkaufen.** Selbstkäufer woll. sich melden u. **T C 5303** an d. Tabl. Riesa.

**Gutenkücken,**

8—14 Tage alt, kauft

**F. Mendler, Heyda.**

**Schippchen**

zu verkaufen

**Gasthof Stadt Riesa, Povritz.**

**Ein Läuferschwein**

zu verk. **Pausitz Nr. 31.**

**Goldfuchs-Wallach,**

1.72 hoch, gutes Reit- und Wagenpferd, **zu verkaufen.** Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

**Kuh mit Kalb**

zu verkaufen

**Meißner Str. 6.**

**Herrenrad,** wie neu, mit bester neuer Gummibereif., 700 M., vk. **Gröba,** Strehlaer Str. 3, 2. r.

**Herrenrad,**

guterhalten, mit oder ohne Bereifung, **zu kauf. gesucht.** Offerten unter **T N 5313** an das Tageblatt Riesa.

**Lastkraftwagen**

**mit Anhänger**

(5- bzw. 10 To.) ist in nächster Zeit wieder für einige Tage frei. Anfragen an **Bez.- u. Absatz-Genossenschaft e. G. m. b. H. Strehla.**

**12 Meter bl. Kostümstoff**

im ganzen oder teilweise sehr preiswert zu verkaufen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

**3 m pa. schwarzer Anzugstoff** zu verkaufen. Näheres **Neu-Weida,** Hauptstr. 3, 1. r.

**Neue Mil.-Hose u. -Stiefel,** Gr. 28/5, billig zu verkaufen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

**Gebr. Damenschuhe,** Nr. 39, **gebr. Herrensachen** zu verkaufen **Standtfeststr. 9, p. r.**

**2 P. Halbschuhe,** Gr. 38, getr., **1 eiserne Bettstelle, 1 Hängelampe** f. Petroleum, **1 Petroleumkochofen, 1** gröss. **Ledertasche, 2 Regulator., 1 Schulranzen** zu verkaufen

**Hauptstr. 65.**

**Bettstelle** mit Matratze (fast neu), erstkl. **Damenrad** o. Ber., **Reisekoff., Reisetaschirmhülle** zu verkaufen **Schulstr. 19, 1.**

**Schreibtisch,**

**Küchenbank, Sofa, Nähmaschine, Reisekoffer usw.** preiswert zu verkaufen

**Schützenstr. 25, 1. r.**

Preiswert zu verkaufen **eine Küchenbank, ein Küchenrahmen, zwei Küchenstühle, ein Handtuchhalter, eine Fußbank** (alles ungestrichen). Näheres von 7 bis ½9 Uhr. **Poppitzer Str. 49, Oth.**

**1 gebrauchte Hobelbank**

**zu kaufen gesucht.** Offerten mit Preisangabe unt. **T L 5311** an das Tageblatt Riesa.

**Reisekorb** p. vk. **Schulstr. 17.**

**2 neue Zeitplanen**

**zu kaufen gesucht.**

Angebote unter **T P 5306a** an das Tageblatt Riesa.

Zu verkaufen ist ein **guterhaltener eiserner Kochherd,** desgl. **ein Kinderwagen.** Zu erfr. im Tageblatt Riesa.